



<https://biz.li/3oie>

PARTEIEN WOLLEN MAXIMAL 20 MILLIONEN EURO FÜR KGS- BAUMASSNAHMEN BEREITSTELLEN

Veröffentlicht am 14.09.2013 um 14:58 von Redaktion LeineBlitz

Um die Ernst-Reuter-Schule für die Zukunft zu wappnen, wird die Stadt Pattensen einen zweistelligen Millionenbetrag investieren. Zuletzt war von einem Gesamtvolumen in Höhe von 24,7 Millionen Euro die Rede. Alle Fraktionen im Rat der Stadt haben jetzt einen gemeinsamen Brief an die Verwaltung verfasst, in dem sie deutlich machen, dass die Politik einen Kostenrahmen in Höhe von maximal 20 Millionen Euro vorgeben will.. In den vergangenen Monaten hat sich für die Ratsherren die Situation verändert dargestellt. "Mit einer Investition von 20 Millionen Euro hatten wir uns schon abgefunden, aber dass die Maßnahmen an der KGS nun plötzlich fast 25 Millionen Euro kosten sollen, damit sind wir nicht einverstanden", sagte Dirk Meyer von der Unabhängigen Wählergemeinschaft heute anlässlich eines



Sind sich in Sachen KGS-Neubau einig: Horst Bötger (CDU, von links), Jens Ernst (Bündnis für Bürger), Gaby Hiller (Grüne), Karl-Heinz Schieweg (SPD) und Dirk Meyer (Unabhängige Wählergemeinschaft).

Pressegesprächs. Alle im Rat vertretenen Fraktionen (CDU, SPD, Grüne, Freie Wähler, Unabhängige Wählergemeinschaft und Bündnis für Bürger) haben sich daraufhin zusammengeschlossen und die Planungen noch einmal genau unter die Lupe genommen. "Die Sanierung des A-Traktes soll nun 3,6 Millionen Euro statt der ursprünglich veranschlagten 600 000 Euro kosten. Das ist für uns alle überraschend und wurde von der Verwaltung insgesamt nicht ausreichend kommuniziert", sagte Horst Bötger von der CDU. Auch bei den Plänen für Büroräume, Lehrerstationen, Pausenhallen und Differenzierungsräumen ist den Fraktionen zu großzügig vorgegangen worden. "Wenn wir als Grundlage das Standardraumprogramm für allgemeinbildende Schulen heranziehen, können bei der KGS etwa 126 Quadratmeter Fläche reduziert werden. Damit können die Kosten nicht unerheblich reduziert werden", sagte Karl-Heinz Schieweg (SPD). In dem gemeinsamen Brief wird die Verwaltung nun aufgefordert, die Vorgaben der Parteien umzusetzen. "Sollte sich während des gesamten Prozesses ergeben, dass die 20 Millionen Euro tatsächlich nicht ausreichen, können wir zu einem späteren Zeitpunkt immer noch über die Finanzierung sprechen. Aber jetzt müssen alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, um den Kostenrahmen einzuhalten und dabei die bestmögliche Schule für die Schüler und Lehrer auf die Beine zu stellen", sagte Gaby Hiller von Bündnis 90/Die Grünen.